

Sachantrag an den Kreisparteitag am 14. November 2013 in Mettmann

Antragsteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge folgende Resolution beschließen:

- 1. Die Kreis-CDU lehnt die Zwangsumlage „Kommunal-Soli“ auf Grund der extremen negativen Auswirkungen auf die kreisangehörigen Städte Haan, Hilden, Langenfeld, Monheim am Rhein und Ratingen ab.**
- 2. Wenn SPD und Grüne im Land diese Zwangsabgabe durchsetzen, fehlen im Zeitraum 2014-2020 den Städten im Kreis Mettmann 481 Mio. € für Kinder, Jugendliche, Senioren und für den Ausbau und Erhalt ihrer Infrastruktur.**
- 3. Es ist nicht akzeptabel, dass Kommunen mit fiktiven Einnahmen künstlich reicher gerechnet werden, als sie tatsächlich sind. Dies verschleiert die allgemein desaströse Finanzlage der Kommunen.**
- 4. Die CDU fordert die Landesregierung und den Landtag auf, von der Umlage Abstand zu nehmen.**
- 5. Sie erwartet von den SPD Landtagsabgeordneten Elisabeth Müller-Witt, Jens Geyer, Manfred Krick und Volker Münchow, dass sie sich gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm Droste für die Interessen des Kreises einsetzen und gegen die Einführung der Solidaritätsumlage stimmen.**

Begründung:

SPD und Grüne möchten gut wirtschaftende Städte mit einer Zwangsumlage belegen und das Geld auf Kommunen mit Haushaltsschieflage umverteilen. Sie sollen auf diesem Wege über einen Zeitraum von 7 Jahren von anderen Mitgliedern der kommunalen Familie jährlich 182 Mio. € erhalten. Alleine die Kommunen im Kreis Mettmann werden dadurch mit jährlichen Zahlungen von 68 Mio. € belastet und sollen folglich ein Drittel der Solidaritätsumlage für die Städte und Gemeinden in NRW schultern.

Die Zwangsabgabe ist eine offene Bestrafung für solides Wirtschaften der Kommunen und hat nichts mit Solidarität zu tun. Der sog. „Kommunal-Soli“ ist außerdem kein wirksames Instrument, um die Etatprobleme der finanzschwachen Städte zu lösen. Die Kommunen in NRW sind mit rund 60 Milliarden Euro verschuldet. Die geplante Solidaritätsumlage in Höhe von 182 Mio. Euro pro Jahr beträgt weniger als ein Prozent dieses Schuldenbergs, sprich: Den Kommunen mit den größten Finanzproblemen wird nicht spürbar geholfen, aber unsere Städte im Kreis Mettmann werden schmerzlich zur Kasse gebeten.

Im Ergebnis wird es dank SPD und Grünen keinem besser gehen, sondern es wird den Kommunen insgesamt schlechter gehen. Viele werden die Zwangsabgabe über Schulden finanzieren müssen.

So sind auch die Auswirkungen auf die Städte im Kreis drastisch. Bis 2020 bezahlt die ...

- **Stadt Monheim 329 Mio. € Zwangsumlage**
Das Beispiel Monheim beweist, wie Städte entgegen ihrer realen Einnahmen künstlich reich gerechnet werden
- **Stadt Ratingen 60 Mio. € Zwangsumlage**
Mit der Zahlung der Umlage wird das strukturelle Haushaltsdefizit von zurzeit 4 Mio. € erheblich auf voraussichtlich mehr als 12 Mio. € vergrößert. Es müssen voraussichtlich erhebliche Kassenkredite aufgenommen werden.
- **Stadt Langenfeld 42 Mio. € Zwangsumlage**
Das bedeutet den Verlust der in 20 Jahren erworbenen Schuldenfreiheit.
Die Finanzierung des Schwimmbads, der Musikschule und des gesamten Schauplatzprogramms wäre nicht mehr gesichert.
- **Stadt Hilden 30,8 Mio. € Zwangsumlage**
Hilden müsste zusätzliche Kredite aufnehmen und könnte keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen.
- **Stadt Haan 20 Mio. € Zwangsumlage**
Für Haan bedeutet dies den sofortigen Nothaushalt mit der Konsequenz, dass u.a. der Neubau des Gymnasiums gefährdet ist.

Die CDU wendet sich gegen die Bestrafung von Kommunen, die erfolgreich gespart und konsolidiert haben, in denen die Bürger wie in Langenfeld selbst zum Besen greifen und die Straßenreinigung übernehmen oder die sich wie in Monheim am Rhein durch kommunale Entscheidungen zur Schuldenfreiheit gearbeitet haben. Sie sollen zukünftig kräftig für andere mitbezahlen. Der „Kommunal-Soli“ setzt hier erneut ein falsches Signal.

Der Parteitag kritisiert, dass die Zahler-Kommunen von der Landesregierung künstlich reich gerechnet werden. Bei der Berechnung der Zwangsabgabe bleiben die reale Finanzkraft und Haushaltsstärke der Kommunen unberücksichtigt; stattdessen wird mit fiktiven Zahlen operiert. Dass die Geberkommunen nicht reich sind, zeigt sich daran, dass die 59 betroffenen Kommunen selbst mit 2,8 Milliarden Euro verschuldet sind – also alles andere als leistungsfähig, um noch für andere mit zu bezahlen.

Für die CDU ist die kommunale Solidarität äußerst wichtig. Durch die Zwangsabgabe wird die Solidarität der Kommunen aber eindeutig überstrapaziert. Die Geber-Kommunen leisten heute schon ihren Beitrag zur kommunalen Solidarität, insbesondere weil sie gerade keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten. Zusätzlich müssen sie mehr Kreis- und Landschaftsverbandsumlage als steuerschwache Kommunen zahlen. Dies allein führt dazu, dass in etlichen Kommunen die Gewerbesteuerereinnahmen völlig aufgezehrt werden.

Die CDU fordert das Land auf, endlich seine Verantwortung für die Kommunen ernst zu nehmen. Das Land NRW hat jahrzehntelang durch eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen dazu beigetragen, dass die finanzschwachen Kommunen in ihre derzeitige Notlage geraten sind. Darüber hinaus hat das Land zugelassen, dass die Kommunen schrittweise Kassenkredite von mehr als 25 Milliarden Euro aufnehmen. Die kommunale Finanzmisere ist kein bundesweites Phänomen, sondern eine traurige Besonderheit vor allem von Nordrhein-Westfalen. Dies zeigt, wohin jahrzehntelange SPD- und Grünen-Politik im Land geführt hat.